



(Foto: KDHF)

„Bomben“ vor dem Deutschen Bundestag – Protestaktion der Friedensbewegung

Mit 100 Großballons in der Form von Bomben machte die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ am Sonntag, den 26. Februar, auf der Wiese vor dem Reichstagsgebäude auf den Skandal des deutschen Waffenhandels aufmerksam. Beim Rüstungsexport belegt Deutschland Platz drei in der Welt und den ersten Platz in der EU. Die Forderung „Waffenexport stoppen!“ ist auch eine zentrale Forderung beim Berliner Ostermarsch 2012 am Ostersonnabend, 7. April. Beginn: 12.30 Uhr auf dem Potsdamer Platz. **Siehe Seite 5**

Neukölln künftig ohne feuerrotes Spielmobil

Bürgermeister Buschkowskys Haushaltspolitik mit „Giftliste“ und Rotstift

Der von Bürgermeister Buschkowskys (SPD) durch die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV) gepeitschte Bezirkshaushalt 2012/2013 reicht hinten und vor nicht.

Dringend notwendige Aufgaben können nicht oder nur zum Teil ausfinanziert werden. Die „Giftliste“: Beispielsweise

stehen die wichtigen Schulstationen, die Stadtteilmütter, Bibliotheken und Teile des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes unter Finanzierungsvorbehalt. Die Frage der Honorarerhöhung für Lehrer an VHS und Musikschule bleibt nach wie vor unbeantwortet.

Die im Bezirkshaushalt geplante Sperre in Höhe von einer Million

Euro als Reserve für die zu erwartende Überschreitung der Pflichtausgaben für Hilfen zur Erziehung verteilt sich für das Jahr 2012 so: 550.000 Euro von nicht besetzten Planstellen in der Jugendverwaltung des Bezirksamts Neukölln, 270.000 Euro nicht ausgegebene Sachmittel in der ersten Hälfte 2012. Rund 180.000 Euro sollen bei den Leis-

tungsverträgen bei den freien Trägern eingespart werden. Zum Beispiel werden folgende Projekte gekündigt bzw. die Verträge werden nicht verlängert: 41.000 Euro Feuerrotes Spielmobil, 42.000 Euro Stadtranderholung, 6.000 Euro Behindertenhilfe.

Bericht über die Haushaltsdebatte in der BVV auf Seite 2



Volksbegehren Anfang März gestartet Neue Energie für Berlin

Der Berliner Energietisch startete Anfang März ein Volksbegehren für die Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung. Ziel ist die Übernahme der Stromnetze und die Gründung berlineigener Stadtwerke. Für den Antrag auf ein Volksbe-

gehren (1. Stufe) werden mindestens 20.000 gültige Unterschriften benötigt, die bis Ende Juni gesammelt werden sollen. Unterschriftenlisten gibt es zum Beispiel bei der Neuköllner LINKEN am Richardplatz 16. **Ausführlich auf Seite 3**

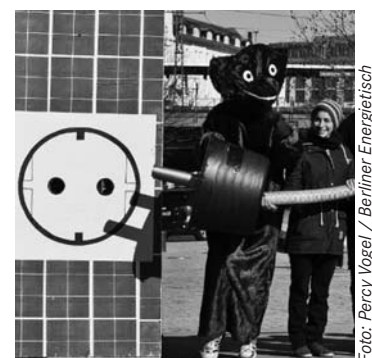


Foto: Percy Vogel / Berliner Energietisch

Neuköllner Haushalt: Mit Finanzlöchern

Bürgerbeteiligung nicht gewünscht / Bezirkshaushalt durchgepeitscht

Ohne aktive Bürgerbeteiligung und ohne Einflussnahme der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat die Neuköllner Mehrheit von CDU und SPD Bürgermeister Buschkowskys Bezirkshaushalt beschlossen.

Damit verzichtet die BVV auf weitere aktive Einflussnahme bei zusätzlichen Zuwendungen für 2013 und überlässt die weiteren Entscheidungen ausschließlich dem Bezirksamt. Zuvor hatte sich DIE LINKE mit einem Antrag „Haushaltsverabschiedung verschieben“ dafür eingesetzt, den Haushaltsbeschluss auf eine Sondersitzung der BVV Neukölln am 14. März zu verschieben, um eine intensivere Bürgerbeteiligung und ausreichende Debatte zu ermöglichen. Mit der Mehrheit der Stimmen von SPD und CDU und gegen die Stimmen der Opposition wurde dies abgelehnt.

Bei dem beschlossenen Haushalt handelt es sich um die Vorlage des Bezirksamts. An keiner nennenswerten Stelle ist etwas an diesem Haushaltsentwurf durch Bürger oder Bezirksverordnete verändert worden. Die von Neuköllner Bürgern eingebrachten Anregungen wurden in den Ausschüssen abgewendet und hatten somit keinen Einfluss auf den Neuköllner Bezirkshaushalt.

Nur auf Anregung der Opposition wurde auf die Mittel für den „Wachschutz vor Schulen“ eingegangen. Das in der ersten Hälfte des Jahres 2012 nicht verwendete Geld sollte zu Deckung der Honorarerhöhung an der VHS verwendet werden. Aber selbst dies wurde nicht aufgegriffen und die Gelder wanderten ins „Sparschwein“ des Bezirksamts.

Beobachter der BVV-Sitzung konn-



Vignette: Franz Zauleck

ten sich des Eindrucks nicht verwehren, dass die Fraktionen der großen Koalition im Bezirk die Haushaltsberatung nicht ernst genommen haben und nur als verlängerter Arm des Bezirksamts gehandelt haben.

Bei der entscheidenden Abstimmung zum Bezirkshaushalt 2012/13 stimmten die Fraktionen von SPD und CDU dafür, die Fraktionen der Grünen und LINKEN geschlossen dagegen, sowie 3 von 4 Piraten ebenfalls dagegen, ein Pirat hat sich enthalten.

Der Bezirkshaushalt von Neukölln ist nicht auskömmlich und die dringend notwendigen Aufgaben können nicht – oder nur zum Teil – ausfinanziert werden. Beispielsweise stehen die wichtigen Schulstationen, die Stadtteilmütter, Bibliotheken und Teile des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes unter Finanzierungsvorbehalt. Die Frage der Honorarerhöhung der Lehrer an VHS und Musikschule bleibt nach wie vor unbeantwortet. Hier ist zu befürchten, dass es im kommenden Jahr zu einem massiven Angebotsabbau kommen wird.

Obwohl das Geld im Berliner Haushalt knapp ist, wird es an den tatsächlichen Bedürfnissen der Men-

schen vorbei für unnötige Prestigeprojekte ausgegeben. Der geplante Neubau der Landesbibliothek auf dem Tempelhofer Feld ist eines dieser sehr teuren Prestigeprojekte. Dabei steht mit dem denkmalgeschützten Flughafengebäude eine sinnvolle Alternative zur Verfügung.

Auch in Neukölln sind falsche Prioritäten gesetzt worden. Während zum Beispiel im repräsentativen Teil des Rathauses die Räume aufwendig luxurmodernisiert werden, sind die Büroräume von vielen Mitarbeitern in sehr bescheidenem Zustand und dringend renovierungsbedürftig.

Wenn sich Bürgermeister Buschkowsky mit dem Ausbau des Gutshofs Britz anscheinend ein Denkmal setzen möchte, sollte das keinesfalls zu Lasten der Schulsanierung gehen. Derzeit hat Neukölln im Bereich der Schulgebäude einen Sanierungsstau von ca. 80 Millionen

Euro. In der letzten Wahlperiode waren entsprechend des Haushaltsplans rund 8 Millionen Euro für den Ausbau des Gutshofs Britz vorgesehen. Tatsächlich wurden jedoch über 15 Millionen Euro dafür ausgegeben. In der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE wird für die Fertigstellung des Gutshofs Britz für 2012 von Ausgaben in Höhe von 1 Million Euro ausgegangen. Im Haushalt sind dazu aber nur 110.000 Euro vorgesehen. Hier wäre mehr Haushaltsehrlichkeit vom Bezirksamt notwendig.

Fazit: Dieser Bezirkshaushalt ist massiv unterfinanziert und die politischen Schwerpunkte sind falsch gesetzt worden. Deshalb hat die Fraktion die LINKE in der BVV Neukölln den Bezirkshaushalt für 2012/2013 abgelehnt.

RO
Weitere Informationen zur BVV:
www.die-linke-neukoelln.de

Das fordert DIE LINKE.Neukölln:

Einen Bezirkshaushalt, der ausreichend Mittel aufweist, um u. a.

- alle bestehenden Sozial-, Seniorenfreizeit-, Kinder- und Jugendeinrichtungen zu finanzieren und dieses Angebot perspektivisch auszubauen,
- Kindertagesstätten und Schulen zu renovieren und zusätzliches pädagogisches Personal einzustellen,
- Parks, Grünanlagen und Kinderspielplätze zu pflegen und zu entwickeln,
- Kultur- und Sportangebote sowie weitere freiwillige soziale Leistungen zu erhalten und perspektivisch zu erweitern,
- öffentlichen Gebäude, Straßen und Wege instand zu setzen und zu bewahren,
- Sozialarbeit zu gewährleisten,
- mit mehr Personal die Arbeit des Gesundheits- und Wohnungsamtes zu verbessern,
- die durch bürgerschaftliches Engagement getragenen Einrichtungen weiter zu finanzieren sowie grundsätzlich Kürzungen der sozialen Leistungen ausschließen zu können.

(Aus: Ein Linkes Programm für Neukölln. Gemeinsam für ein gutes Leben in Neukölln.)

Bauvorbereitungen für A100 in Neukölln gestoppt

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 9. Februar die Abräumung der Kleingärten auf der projektierten Trasse der A100 mit sofortiger Wirkung zum Erliegen gebracht.

Das Bundesverwaltungsgericht hat klargestellt, dass derartige Tätigkeiten dem Vollzug des Planfeststellungsbeschlusses zuzuordnen sind und daher einstweilen nicht durchgeführt werden dürfen. Tatsächlich besteht noch kein Baurecht, da weiterhin

Klagen gegen den Weiterbau der Stadtautobahn A100 laufen. Geklagt hatten unter anderen die Wohnungsgenossenschaft Neukölln, die in der von der Trasse geschnittenen Beerwaldstraße 14 und 16 bis 18 über 150 Wohnungen in Treptow besitzt sowie einzelne Laubenpieper. Sie befinden sich im Konflikt mit pragmatischen Kleingartenvertretern, die die gestoppte Beseitigung von bereits geräumten Lauben samt Gehölzen an der Neuköllner Dieselstraße be-

fürworten. Verbliebene angrenzende Parzellen sollen so vor Vandalismus gesichert werden. Der Widerstand verlagert sich auf Treptower Boden.

Die Neuköllner LINKE hatte bereits 2010 das Bezirksamt aufgefordert, sich dafür einzusetzen, keine Maßnahmen durchzuführen bis endgültig geklärt ist, ob die A100 weitergebaut wird. DIE LINKE hält das auch in der SPD umstrittene Projekt für verkehrspolitisch unsinnig und sieht Senat

und Bezirksamt in der Verantwortung bestehendes Recht einzuhalten statt Fakten zu schaffen. Jutta Matuschek, die verkehrspolitische Sprecherin der LINKEN im Abgeordnetenhaus, verweist u. a. darauf, dass für das Jahr 2012 keine Gelder für den Bau dieses teuren Autobahnabschnittes im Bundeshaushalt eingestellt sind. Proteste, Klagen und der Geldmangel können den Weiterbau hoffentlich noch verhindern.

Marlis Fuhrmann

Volksbegehren gestartet: Neue Energie für Berlin

Der Berliner Energietisch startete Anfang März ein Volksbegehren für die Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung.

Ziel ist die Übernahme der Stromnetze und die Gründung berlineigener Stadtwerke. Für den Antrag auf ein Volksbegehren (1. Stufe) werden mindestens 20.000 gültige Unterschriften benötigt, die bis Ende Juni gesammelt werden sollen. In den ersten Tagen wurden bereits über 1.500 Unterschriften gesammelt.

Der im Sommer 2011 gegründete Berliner Energietisch ist ein breites gesellschaftliches Bündnis, in dem sich derzeit 25 Organisationen wie z.B. die GRÜNE LIGA Berlin oder attac engagieren. DIE LINKE unterstützt das Volksbegehren. Unterschriften werden zum Beispiel an den Info-Ständen der Neuköllner LINKEN gesammelt. In der Geschäftsstelle der LINKEN am Richardplatz 16 können Unterschriftenlisten abgeholt und auch wieder abgegeben werden.

Ziel ist, dass das Land Berlin die Energieversorgung wieder selbst in



Start zum Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“.

die Hand nimmt. Dazu bietet der Ende 2014 zwischen dem Land Berlin und Vattenfall auslaufende Konzessionsvertrag über die Stromnetze eine große Chance. Für das neu zu gründende Stadtwerk bzw. die Netzgesellschaft sollen strenge ökologische, soziale und demokratische Vorgaben gelten. So soll das Stadtwerk dezentrale, erneuerbare Energieanlagen in der Region Berlin-Brandenburg errichten und Berlin mit 100 Prozent

echtem Ökostrom versorgen. Daneben sind Energieeinsparung und -effizienz genauso Geschäftsziel wie die Ausgestaltung einer sozialverträglichen Energiewende.

Neben weitgehenden Transparenzvorschriften, sind zahlreiche Beteiligungsmöglichkeiten für die Berliner/-innen vorgesehen, die über die bekannte parlamentarische Kontrolle landeseigener Betriebe weit hinausgehen.

Sollte nach einer erfolgreichen 1. Stufe das Anliegen nicht vom Abgeordnetenhaus übernommen werden, folgt Anfang nächsten Jahres das Volksbegehren (2. Stufe). Sollten die benötigten 172.000 Unterschriften gesammelt werden, kann es zur Bundestagswahl im September 2013 zum Volksentscheid kommen. *Weitere Informationen gibt es im Internet: berliner-energietisch.net*



„Nein zu Merkel! Nein zur Troika!“. Dem Protest gegen das Griechenland-Diktat von EU, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds vor dem Bundestag schlossen sich Bundestagsabgeordnete der LINKE an. Hier die Bundestagsabgeordnete Christine Buchholz.

Nein! Rettungsring aus Blei

Ende Februar stimmte der Bundestag mehrheitlich dem so genannten zweiten „Rettungspaket“ für Griechenland zu. Die Fraktion DIE LINKE stimmte mit Nein!

Die vermeintliche Hilfe ist mit den schärfsten Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen verbunden. Diese sind nicht nur unsozial, sondern Griechenland wird noch tiefer in die Krise gestürzt. Die „Hilfe“ ist wie ein weiterer Rettungsring aus Blei!

Die griechischen Kolleginnen und Kollegen, die heute auf den Mindestlohn von 4,38 Euro angewiesen sind, müssen in Zukunft mit einem Euro weniger auskommen. Arbeitslosen, die ohnehin nur längstens ein Jahr Arbeitslosengeld beziehen, wird dies um 30 Prozent auf 322 Euro herunter gekürzt. 150.000 Be-

schäftige im öffentlichen Dienst sollen entlassen werden. Alles weil Merkel es so will! Und viele weitere soziale Grausamkeiten.

Eine grundlegende Lösung der Eurokrise, damit auch der Lage in Griechenland wird nur möglich, wenn das deutsche Lohndumping beendet wird. Es hat Exporte befördert und Importe nach Deutschland ausgebremst. So kam es seit 2000 zu einem Exportüberschuss von 1,4 Billionen Euro. Die Kehrseite davon ist die Verschuldung der anderen Länder, vor allem in der Euro-Zone. DIE LINKE will die Binnenwirtschaft stärken und so einen ausgeglichenen Außenhandel erreichen.

Die Menschen in Griechenland, aber auch in Portugal, Spanien und Italien wehren sich gegen die ihnen aufgezwungene, unsoziale Politik. Ihnen gehört unsere Solidarität.

Schachmatt – Nazis haben in Dresden endgültig verloren

Das ist ein Erfolg für Demokraten und Antifaschisten: 2012 konnten die Nazis ihren europaweit beworbenen Februar-Aufmarsch in Dresden nicht durchführen.

Bis zum 13. und 18. Februar selbst war unklar, wie und wann die Nazis 2012 versuchen, ihren Aufmarsch anlässlich der Bombardierung Dresdens durch die Alliierten 1945 abzuhalten. Wie in den Jahren zuvor wollten sie mit ihrem angeblichen „Gedenken“ in der Elbestadt die geschichtlichen Tatsachen des Zweiten Weltkrieges auf den Kopf stellen.

So versammelten sich am Montag, dem 13. Februar, bis zu 1.200 Nazis in Dresden. Ihnen standen ca. 6.000 entschlossene AntifaschistInnen gegenüber, mehr als 10.000 hatten sich den Tag über an der Menschenkette gegen Nazis beteiligt. Weit kamen die Nazis dank der Blockaden des Bündnis Dresden Nazifrei! nicht. Ihr „Aufmarsch“ wurde so abermals zu einer Lachnummer. Nicht nur, dass sie nur wenige Meter laufen konnten, ihr Mobilisierungspotenzial zu Europas einst größtem Nazi-Event ist mit diesem Jahr eindeutig mehr als hinüber.



Gegen jeden Rassismus - gegen Islamfeindlichkeit demonstrierten Mitglieder der Neuköllner LINKEN in Dresden.

Am Samstag, dem Tag, an dem die Neonazis bisher immer ihren Schwerpunkt setzten, traute sich kein einziger von ihnen in die Stadt. Mehr als 10.000 Menschen aus der gesamten Bundesrepublik hatten sich in Dresden versammelt, um eventuell auftauchende Nazis zu stoppen. So aber konnte eine friedliche Großdemonstration gegen die Kriminalisierung und staatliche Repressionen gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten abgehalten wer-

den. Immer noch laufen Verfahren gegen BlockiererInnen der vergangenen Jahre, die Immunität von Abgeordneten wurde aufgehoben und mit geheimdienstlichen Mitteln gegen DemonstrantInnen ermittelt. Das ist nicht nur in höchstem Maße skandalös, es ist im Hinblick darauf, dass ein Netzwerk von Nazis in Deutschland ungestört rassistisch motivierte Morde und Terroranschläge verüben konnte, obwohl der Staat über ihre Aktivitäten im

Bilde war, ein erschreckendes Zeichen der antidemokratischen Verhältnisse in diesem Land.

DIE LINKE. Neukölln erklärt sich solidarisch mit allen Betroffenen. Wir fordern die sofortige Einstellung aller Verfahren gegen AntifaschistInnen und werden unser Recht auf Blockaden und zivilen Ungehorsam immer wieder wahrnehmen wenn Nazis versuchen, aufzumarschieren.

Marijam Sariaslani

Termine: DIE LINKE. Neukölln

Mitgliederversammlung der Bezirksverbände Neukölln und Tempelhof-Schöneberg

Der Landesvorstand hat eine Mitgliederversammlung der Mitglieder, die in den Bezirken Neukölln und Tempelhof-Schöneberg organisiert sind, einberufen, um die Delegierten zum Bundesparteitag DIE LINKE zu wählen. Sie findet statt am

Freitag, 30. März, 19.00 Uhr, im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Konferenzraum 1.

Entwurf der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Konstituierung
2. Aussprache zu den Herausforderungen der Partei DIE LINKE in 2012 und 2013
3. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten
4. Terminankündigungen

Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.

Donnerstag, 15.3.2012, 19 Uhr

Donnerstag, 29.3.2012, 19 Uhr

Donnerstag, 12.4.2012, 19 Uhr

Donnerstag, 26.4.2012, 19 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Hermannstraße

Mittwoch, 14.3.2012, 19 Uhr

Mittwoch, 28.3.2012, 19 Uhr

Mittwoch, 11.4.2012, 19 Uhr

Mittwoch, 25.4.2012, 19 Uhr

Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29

BO Reuterkietz

im März und April: gemeinsame Veranstaltungen mit der Basisorganisation Rixdorf

BO Rixdorf

Donnerstag, 22.3.2012, 19 Uhr

Donnerstag, 5.4.2012, 19 Uhr

Donnerstag, 19.4.2012, 19 Uhr

Versammlungen der Basisorganisation Rixdorf.

DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Süd

im März und April: gemeinsame Veranstaltungen mit der Basisorganisation Hermannstraße

AG Hartz IV

Mittwoch, 14.3.2012, 17.30 Uhr

Mittwoch, 11.4.2012, 17.30 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

Kostenlose Hartz-IV-Beratung

Mittwoch, 14.3.2012, 14 bis 16 Uhr

Mittwoch, 28.3.2012, 14 bis 16 Uhr

Mittwoch, 11.4.2012, 14 bis 16 Uhr

Mittwoch, 25.4.2012, 14 bis 16 Uhr

(siehe auch Information auf Seite 8)

DIE LINKE, Richardplatz 16

BVV-Fraktion DIE LINKE

Fraktionssitzungen (öffentlich)

Montag, 19.3.2012, 17.30 Uhr,

Montag, 26.3.2012, 17.30 Uhr,

März-Sitzung der BVV

Mittwoch, 28.3.2012 um 17 Uhr,

Sitzungssaal des Rathauses.

Erwerbsloseninitiative Neukölln

Dienstag, 20.3.2012, 11 bis 14 Uhr

Dienstag, 3.4.2012, 11 bis 14 Uhr

Dienstag, 17.4.2012, 11 bis 14 Uhr

Erwerbslosenfrühstück

DIE LINKE, Richardplatz 16

„Arabischer Frühling“ - Diskussionsveranstaltung

Das Deutsch-Arabische Zentrum lädt ein zu einer Diskussionsveranstaltung zum „Arabischen Frühling“ mit Christine Buchholz (MdB, DIE LINKE) **am Mittwoch, 28. März 2012, um 19 Uhr** in den Räumen des Deutsch-Arabischen Zentrums in der Uthmannstraße 23, 12043 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße).

Weitere Termine im Internet:

www.die-linke-neukoelln.de

Öffnungszeiten unseres

Ladenlokals am Richardplatz 16 montags und dienstags 10 bis 18.30 Uhr, mittwochs 16 bis 18.30 Uhr und donnerstags 14 bis 18.30 Uhr.



Berliner Ostermarsch 2012:

Krieg darf kein Mittel der Politik sein!

Die Regierung setzt die Wehrpflicht aus, lässt die Zahl der Bundeswehrsoldaten schrumpfen, kündigt den Abzug aus Afghanistan an. Warum dann noch Ostern für Frieden und Abrüstung auf die Straße gehen?

Die Friedensbewegung nennt gute Gründe, am Ostermarsch teilzunehmen: Die Wehrpflicht wurde ausgesetzt, um mehr Kapazitäten für Auslandseinsätze zur Verfügung zu haben. Die Regierung will die Bundeswehr zu einem schlagkräftigen und weltweit flexibel einsetzbaren Instrument der Außenpolitik machen. Infanteriekräfte für den Häuser- und Stadtkampf werden ebenso verstärkt wie die Luftwaffe und die Marine mit Marschflugkörpern. Ihr Einsatz erfolgt im wirtschaftlichen Interesse. Denn in den Verteidigungspolitischen Richtlinien heißt es: „Zu den deutschen Sicherheitsinteressen gehört, [...] einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.“ Und, entgegen der Ankündigung, bis 2015 den Betrag von 8,3 Milliarden Euro für den Militärapparat einsparen zu wollen, sollen bis dahin sogar 300 Millionen mehr ausgegeben werden.

Die Bundeswehr versucht Nachwuchs mit offensiven Werbekampagnen zu rekrutieren. Die Friedensbewegung fordert: Bundeswehr



(Foto: KDIH)

Ostermarsch 2012: Sonnabend, 7. April, Auftakt am Potsdamer Platz um 12.30 Uhr

raus aus Schulen und Hochschulen! Weg von Jobbörsen und Jahrmärkten! Keine öffentlichen Gelöbnisse und Zapfenstriche!

Der Abzug aus Afghanistan ist nur Gerede. Der Krieg wird sogar verstärkt fortgesetzt. Obwohl es für Afghanistan keine militärische Lösung gibt, geht das Töten weiter. Die Friedensbewegung fordert deshalb: Truppen sofort und bedingungslos aus Afghanistan abziehen!

Ein weiterer Grund, am Ostermarsch teilzunehmen: Die kriegerische Außenpolitik der Bundesrepublik – vom völkerrechtswidrigen Angriff auf Jugoslawien über logistische Unterstützung der Kriege gegen Irak und Libyen – wird fortgesetzt durch die Sanktionspolitik gegen Syrien und Iran. Das westliche Vorgehen gegenüber den Regierungen in Damaskus und Teheran erinnert stark an das Vorgehen

gegenüber dem Irak, das nach strangulierenden Sanktionen zu einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg mit Hunderttausenden von Toten führte. Die Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung eines Landes ist ausschließlich Angelegenheit seiner Bevölkerung. Sich mit ihr zu solidarieren heißt vor allem, die Gewaltspirale zu beenden und sich jeglicher Intervention von außen zu widersetzen.

Beim Rüstungsexport belegt Deutschland Platz drei in der Welt und den ersten Platz in der EU. Ausrüstung führt nicht zu Stabilität, sondern erhöht die Kriegsgefahr und die Profite der Rüstungsfirmen. 78 Prozent der deutschen Bevölkerung sind für ein grundsätzliches Verbot des Rüstungsexports. Die Friedensbewegung fordert deshalb: Waffenexport stoppen! Konversi-

onsfonds einrichten, um die Waffenproduktion auf zivile Produkte umzustellen!

DIE LINKE Neukölln unterstützt den Berliner Ostermarsch 2012 und ruft zur Teilnahme auf.

Freiheit für Mumia Abu-Jamal

Zum Abschluss des Berliner Ostermarsches wird in einer Aktion die US-Botschaft am Brandenburger Tor eingekreist und mit einem 800 Meter langen Transparent gefordert: Freiheit für Mumia Abu-Jamal. Seit seiner Verhaftung 1981 steht der Fall von Mumia sinnbildlich für das Ausmaß an Rassismus und Justizwillkür in den USA. Mit manipulierten Beweisen wurde er 1982 zum Tod verurteilt. Viele haben für sein Leben und seine Freiheit gekämpft. Nachdem jetzt das Todesurteil aufgehoben werden musste, gilt es nun seine Freiheit zu erkämpfen.

DIE LINKE. mach mit!

**Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:
Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.**

Nimm Kontakt zu uns auf:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75,
ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71
irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

DIE LINKE.Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon:

Frauen aus Ravensbrück – Frauen im Widerstand

Ausstellung und Veranstaltungen in der Galerie Olga Benario

Die Galerie Olga Benario zeigt Porträts und Biografien von Frauen, die während der NS-Zeit im Frauen-KZ Ravensbrück inhaftiert waren.

In der Veranstaltungsreihe geht es auch um Widerstand von Frauen nach 1945 und in der Gegenwart. „Stationen eines unangepassten Lebens: Hilde Radusch 1903-1994“, eine Kommunistin, im Widerstand gegen NS und engagiert in der lesbischen Frauenbewegung. Miss Marples Schwestern berichten am 15. März um 19.30 Uhr über ihre Initiative für das erste lesbische Denkmal in Berlin.

Am 22. März um 19.30 Uhr berichten Zeitzeuginnen über ihre Haft 1933 bis 1945 im Frauengefängnis Barnimstraße im gleichnamigen Dokumentarfilm von Claudia v. Géliu, Maria Binder, Ingrid Fliegel und Su-

sanne Krekeler. Anschließend Gespräch mit Claudia v. Géliu und Vorstellung des Gedenkstättenkonzepts für das ehemalige Berliner Frauengefängnis.

Über die aktuelle Situation in Syrien und die Rolle der Frauen bei diesem Aufbruch in eine neue Zeit berichtet Rim Farha, Vorstandsmitglied im nationalen Koordinierungskomitee für den demokratischen Wandel in Syrien/Ausland in einem Vortrag am 29. März.

In einer Veranstaltung der Biografischen Bibliothek liest das Galerieforum Lebensgeschichten nach Interviews und Dokumenten aus Gerda Szepanskys Buch, „Frauen leisten Widerstand 1933-1945.“ Cato Bontjes van Beek gehörte zur „Roten Kapelle“ und wurde 1943 im Alter von 22 Jahren hingerichtet. Ihr ist der Dokumentarfilm von Dagmar

Brendecke „Cato – Ein kurzes Leben im Widerstand“ gewidmet, der am 5. April gezeigt wird.

Über den Ghettoaufstand und die Partisaninnen von Bialystok berichtet der Dokumentarfilm von Ingrid Strobl, „Mir zeynen do“, der am 19. April gezeigt wird. In der Veranstaltungsreihe schließt sich am

26. April der Dokumentarfilm von Luc Jochimsen über Beate Klarsfeld „Die Ohrfeige“ an. Zum Abschluss stehen Lebensgeschichten und Interviews mit im KZ inhaftierten Frauen am 27. April im Dokumentarfilm von Loretta Walz „Die Frauen von Ravensbrück“ im Mittelpunkt. Loretta Walz ist zu einem anschließenden Gespräch eingeladen.

Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 19.30 Uhr, Richardstraße 104, 12043 Berlin. Fahrverbindung: U-Bhf. Karl-Marx-Straße (U7). Weitere Informationen: www.Galerie-Olga-Benario.de



Die Galerie Olga Benario ist bei vielen Aktionen dabei. hier am 1. Mai.

Junge Straftäter – Geldstrafen oder

Von Vincent Streichhahn, Leonardo-da-Vinci-Gymnasium, Berlin

„Der Knast allein ändert niemanden“, sagt Hafez. Erst die Auseinandersetzung mit dem



Islam hat ihm geholfen. Ein Verein setzt sich für straffällig gewordene muslimische Jugendliche ein.

Der Knast allein ändert niemanden. Er ist wie ein Kinderclub mit Tischtennis und Fußballkickern“, erklärt Ibrahim Hafez (Name geändert) und lacht über seinen Vergleich. Der 24-Jährige ist ein muskulöser, etwas kleinerer Mann mit dunklen, straff nach hinten gegelten Haaren und lebhaften grauen Augen. Im Alter von vier Jahren kam der gebürtige Kosovo-Albaner 1991 mit seinen Eltern nach Berlin. Die Familie erhoffte sich hier ein besseres Leben und mehr Sicherheit für ihre Kinder als im kriegsgeplagten Serbien.

Die hohen Erwartungen erfüllten sich aber vorerst nicht. „20 Jahre

lang ging das hin und her mit unserer Aufenthaltsgenehmigung“, sagt Hafez. „Man ist mit einem Duldungsstatus wie gefangen. Seit ich nach Deutschland kam, habe ich meine restliche Familie im Kosovo nicht mehr gesehen.“ Er wirkt wütend, seine Miene verfinstert sich. Viele der damaligen Flüchtlinge aus dem Kosovo leiden seit ihrer Ankunft unter ihrem unsicheren Aufenthaltsstatus in einem Land, das längst Heimat für sie geworden ist.

„Man darf nicht arbeiten, nicht studieren“

„Wenn man nur geduldet ist, dann darf man nicht arbeiten, nicht studieren und auch nicht verreisen. 150 Euro zahlt das Sozialamt. Doch davon kann man nicht leben.“ Seine damaligen Freunde fragten Hafez, warum er denn überhaupt zur Schule gehe, wenn man ihn und seine Familie am Ende doch abschiebt. „So fing das an. Mit 15 Jahren in der Pubertät beginnt man dann das zu glauben. Ich habe die Schule geschmissen und bin dadurch auf die schiefe Bahn geraten.“

Weil er mit dem Geld nicht auskam, begann er mit Freunden in Tankstellen einzubrechen. „Mit Gullydeckeln haben wir die Scheiben eingeworfen und Zigarettenstangen geklaut, die wir dann verkauft haben, aber das ist fast neun Jahre her.“ Dafür landete er mit 16 Jahren für vier Monate in der Jugendhaftanstalt Kieferngrund, einer Außenstation der Justizvollzugsanstalt Plötzensee in Berlin-Lichtenrade. Dort traf er auf die Islamgruppe von Lichtjugend e.V. Der Verein setzt sich für die Reintegration von straffällig gewordenen muslimischen Jugendlichen ein. Gemeinsam mit sieben Freunden hat Chalid Durmosch 2003 den Verein gegründet. Der heute 34-jährige Ingenieur, Sohn einer deutschen Mutter und eines syrischen Vaters, kam mit sechs Jahren aus Syrien nach Deutschland.

Dunkle Klamotten und schiefe Dinger

Die Probleme der Jugendlichen sind ihm durchaus bekannt. In seiner „Sturm-und-Drang-Zeit“, wie er sie nennt, hat er auch Party und Bo-

dybuilding gemacht, dunkle Klamotten getragen und einige schiefe Dinger gedreht. „Ich wurde damals fast kriminell. Aber wenn ich Mist gebaut habe, bin ich zum Glück immer direkt erwischt worden“, schmunzelt er. So war es auch, als er mit einem Freund Ersatzteile aus einem Auto entwenden wollte. Ein Streifenwagen war direkt vor Ort, es blieb bei einer Verwarnung. Dann kam es zu drastischen Einschnitten im Leben des besonnen wirkenden Mannes. Seine Schwester starb mit knapp zwanzig Jahren an einem Herzfehler. „Nach einer solchen Erfahrung beschäftigt man sich dann doch intensiver mit der Sinnfrage des Lebens. Der Islam hat mir dabei geholfen, Antworten auf meine Fragen zu finden.“

Durmosch hat ein Studium in Islamologie und Wirtschaftsingenieurwesen abgeschlossen. Mit dem Verein will er Jugendliche von der schiefen Bahn zurückholen. „Wir wollten mit unserer Religion helfen, diese Jugendlichen aus ihrer Orientierungslosigkeit zu befreien.“ Er und seine Freunde haben sich an

Dreisprung

**Gedichte und Geschichten
aus Neukölln,
Rest-Deutschland
und dem Rest der Welt**

Wolfgang Endler
am Montag, 16. April 2012,
um 19.00 Uhr, bei der
Neuköllner LINKEN
am Richardplatz 16

Wolfgang Endler



konsequenter Pazifismus

*nur über meine leiche
sagte die spinne
inmitten ihres netzes
im rohr des panzers*

Foto: Endler

Bitte anschnallen zur literarischen Reise von der Hasenheide über Halle zum Hindukusch – und wieder zurück. Die Texte sind aphoristisch pointiert oder malerisch poetisch, heiter melodiös oder aber sarkastisch beißend, knackig gemischt statt tot gekocht.

WE's (dolce) vita: Wolfgang Endler, Jahrgang 1946: Ost-West-Berliner; auch beruflich und künstlerisch Grenzgänger (Orthopädiemechaniker, Zerspaner, Biologe – Aphorismen, Kurzgeschichten, Märchen, Lieder); Auftritte bei Poetry Slams und Kleinkunsth Bühnen sowie Band EinHundKleinFamilie; überzeugter

Nord-Neuköllner seit 2005; mein atheistisch-aphoristisches Glaubensbekenntnis: habe mir gestern endlich / zwei neue Stühle gekauft / genießerisch sitze ich jetzt / zwischen ihnen.

Auftretende Personen (in alphabetischer Reihenfolge): Anarcho Alex, Stammgast im Zündikatt;

Blockwart Benno, der Hausmeister von nebenan; BzBm B., der kleine Mann mit der großen Schnauze; Geisterreiter (Herkunft unbekannt); Kalle K., der wahre Neuköllner.

Zur Vorbereitung empfohlen:
www.wolfgang-endler.de

drohendes Gefängnis bewirkten wenig

„Wenn man nur geduldet ist, dann darf man nicht arbeiten, nicht studieren und auch nicht verreisen. 150 Euro zahlt das Sozialamt. Doch davon kann man nicht leben.“

Gefängnisse gewendet und gefragt, ob Bedarf an einer Betreuung besteht. Die Haftleiter der Jugendanstalt Plötzensee war dankbar für das dringend benötigte Betreuungsangebot für die überwiegend muslimischen Häftlinge.

Dadurch wurde das Leben im Gefängnis besser

„Das ist dann wie eine Unterrichtsstunde einmal die Woche. Man liest aus Büchern islamischer Theologen zu einem Thema, das entweder wir festlegen oder die Jugendlichen sich aussuchen. Sie lernen, über ein Thema, das sie wirklich beschäftigt, nachzudenken und auch nachzufragen“, erklärt Dürmosch das Konzept.

Hafez ist zunächst nur zu den Gruppensitzungen gegangen, weil das seine Freunde taten und weil man im Knast nicht so viele Alternativen hat. Als er feststellte, dass die

Teamleiter nicht versuchten, die Jugendlichen zu missionieren, sondern ihnen dabei halfen, Antworten auf ihre Fragen zu finden, weckte das sein Interesse. „Wenn ich jemanden zusammenschlagen habe, hat man mir mit Geldstrafen und Gefängnis gedroht, das hat mich aber nicht beeindruckt. Die Leute aus der Islamgruppe meinten jedoch: Stell dir mal vor, jemand würde deinen Bruder so zusammenschlagen. Das war ein Anlass nachzudenken. Dadurch wurde das Leben im Gefängnis ruhiger und besser“, sagt er. Der Verein hat zehn ehrenamtliche Mitarbeiter, ihm wurde 2010 die Auszeichnung als „Botschafter für Demokratie und Toleranz“ verliehen.

So hat er gelernt, Geduld zu haben

Doch ganz so einfach war es dann für Hafez doch nicht, den Kon-

flikt mit dem Gesetz dauerhaft zu meiden. Ein paar Monate nach dem Absitzen der ersten Haftstrafe musste er wegen einer Schlägerei erneut für 18 Monate ins Gefängnis. „Der Knast allein ändert niemanden. Aber es hat auch etwas Positives. Man hat Zeit, über das, was man getan hat, nachzudenken.“ In dieser Zeit las er viele Bücher über den Islam. „Wenn du den Islam studierst, dann änderst du dich. Er gibt dem Leben einen Sinn, denn der Islam hat auf jede Frage eine Antwort.“ So habe er gelernt, was es heißt, Geduld zu haben und sich mit wenig zufriedenzugeben. „Ich will nicht mehr das Haus und die Millionen, sondern bin mit dem zufrieden, was ich habe. Aber das bringt dir nicht der Knast, sondern der Islam bei“, ist Hafez sich sicher.

Als er mit 19 Jahren entlassen wurde, wollte er endlich Klarheit und nicht mehr mit einer Duldung leben. „Ich habe die Ausländerbehörde angezeigt. Viele Leute trauen sich nicht, diesen Schritt zu gehen, weil sie Angst davor haben, dass der Richter auf Abschiebung entscheidet. Aber ich hatte die Schnauze voll.“

Jetzt möchte er sein eigener Chef sein

Er hatte Glück. Der Richter hielt ihn für einen intelligenten jungen Mann und gab ihm die Chance, einen Schulabschluss zu erwerben und dadurch einen gesicherten Aufenthaltsstatus zu erlangen. „Ich habe als Klassenbesten meinen erweiterten Hauptschulabschluss gemacht“, erzählt Hafez stolz. Dürmosch erklärt: „Viele der Jugendlichen mit einer Duldung werden straffällig, weil sie sich ausgeschlossen fühlen. Sie versuchen, auf Umwegen an der Gesellschaft zu partizipieren, indem sie sich auf illegale Weise Geld besorgen.“

Hafez will sich nun mit einem Wasserpfeifen-Café im Norden Neuköllns selbständig machen. „Ich will mein eigener Chef sein, denn früher bei der Ausländerbehörde haben sie mir immer gesagt, was ich alles nicht darf.“ Noch wird renoviert, bald will er sein Café eröffnen.

Diese Reportage ist im Zusammenhang mit einem Wettbewerb der Frankfurter Allgemeinen Zeitung entstanden. Sie wurde erstmals dort am 12. Juli 2011 veröffentlicht.

Neu-Köllnisch

März/April 2012

Neu-Köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE,
Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 2.500

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln
Richardplatz 16, 12055 Berlin,
Tel./Fax: 030-613 59 19

Bankverbindung:

DIE LINKE, Neukölln,
Berliner Bank BLZ: 100 708 48,
Kontonummer 525 607 801

Redaktionsschluss: 7.3.2012

Beiträge für die nächste Ausgabe
bitte bis zum 23.4.2012

Namentlich gekennzeichnete Artikel
müssen nicht der Ansicht des Heraus-
gebers entsprechen.

Schutzschirm für Schlecker-Beschäftigte

Der Insolvenzverwalter der Drogeriemarktkette Schlecker will die Hälfte der 6.000 Filialen schließen.

Bis zu 16.000 Beschäftigte sollen ihren Arbeitsplatz verlieren. Das gab der Insolvenzverwalter Anfang März bekannt. Dieser Kahlschlag trifft die Beschäftigten hart, die großteils seit vielen Jahren für den Reichtum der Schlecker-Familie gearbeitet haben. In Neukölln betreibt die Drogeriemarktkette 20 Filialen. Welche davon erhalten bleiben wird, ist bisher unbekannt. Politiker der LINKEN fordern jetzt schnelles Handeln und staatliche Bürgschaften und Kredite. Damit ein Schutzschirm für die Kolleginnen und Kollegen geschaffen werden kann, um die Arbeitsplätze unter den Bedingungen des jetzigen Tarifvertrages zu erhalten.

Wetten, dass ...

... DIE LINKE am Sonnabend, dem 3. März, 400 Info-Stände bundesweit auf die Straße bringt. Um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, was getan werden kann gegen die Abwälzung der Lasten der kapitalistischen Krise auf Arbeitende, Erwerbslose, Rentner, Jugendliche. Klaus H. Jann, der Rote Reporter aus Wülfrath, hat es wieder geschafft. 438 Aktionen fanden statt. Jetzt hat er viel Arbeit. Alle Fotos werden ins Internet gestellt: www.linksdemokraten.de. Und seine Wettpartnerin berappt für jeden Stand, der mit einem Foto dokumentiert wurde, vier Euro für die Aktion „Milch für die Kinder Kubas“.



Foto: Silke Stöckle

DIE LINKE Neukölln war mit vier Info-Ständen am 3. März dabei: in der Karl-Marx-Straße, in der Hermannstraße, am Reuterplatz (unser Foto) und auf dem Kottbusser Damm. Viele interessante Gespräche wurden geführt.

Sanktionen vom Jobcenter Neukölln:

Hartz-IV-Betroffene werden mit „Terminen“ überhäuft

Die hervorstechend hohe Zahl von Sanktionen gegen Hartz-IV-Betroffene in Neukölln ergeben sich aus einer aktiven Strategie des hiesigen Jobcenters.

Das geht aus einer Antwort des Bezirksamtes auf eine Anfrage der BVV-Fraktion DIE LINKE hervor. Betroffene werden mit „Terminen“ überhäuft. Dabei geht es anscheinend nicht um die Vermittlung von Arbeitssuchenden in eine Beschäftigung. Durch die Erhöhung der Kontakte zwischen Jobcenter und „Kunden“ erhöht sich die Anzahl an Sanktionen, bei weiterhin schlechter Arbeitsmarktlage, praktisch automatisch.

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE, Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratungen finden jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) statt. Die aktuellen Beratungstermine finden Sie auf der Seite 4 dieser Zeitung

Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung.

Senat gefährdet S-Bahn-Zukunft

Die Beschäftigten der Berliner S-Bahn sind in Sorge um ihre Arbeitsplätze. Grund sind Pläne des Berliner Senats zur Ausschreibung des S-Bahn-Betriebs.

In einem Offenen Brief wandte sich jetzt der „Aktionsausschuss 100% S-Bahn“ an den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) gegen die Zersplitterung dieses Nahverkehrsnetzes. Denn Voraussetzung für einen „diskriminierungsfreien Zugang“ anderer Betreiber zur Berliner S-Bahn sei zunächst die Trennung von Netz und Betrieb. Mit dieser Trennung hätte jedoch kein zukünftiger

Betreiber Einflussmöglichkeit auf die Netzinfrastruktur. Das Management der Berliner S-Bahn habe im Auftrag des DB Konzerns das S-Bahnnetz bereits in drei Teilnetze (Ring, Stadtbahn und Nord/Süd) aufgeteilt. Fahrbetrieb und Mitarbeiter wurden bereits diesen Teilnetzen zugeordnet. Die S-Bahner warnen: „Wir sind es, die schon einmal miterleben mussten, wie die S-Bahn in den Jahren 2008/2009 durch Arbeitsplatzabbau, Arbeitsverdichtung und Optimierung renditeorientiert ausgerichtet werden sollte, bis zu deren totalem Zusammenbruch.“

Diskussion: „Arabischer Frühling“

Das Deutsch-Arabisches Zentrum für Bildung und Integration (DAZ) lädt ein zu einer Diskussionsveranstaltung zum „Arabischen Frühling“. Christine Buchholz, Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE, diskutiert am Mittwoch, dem 28. März, um 19 Uhr in den Räumen des DAZ in der Uthmannstraße 23, nur wenige Schritte entfernt vom U-Bhf. Karl-Marx-Straße (U7).

Post von Veolia

Der Pressesprecher von Veolia Wasser GmbH Matthias Kolbeck schreibt: „In 'Neu-Köllnisch' haben Sie in Auszügen den letzten Newsletter der Filmemacher Franke/Lorenz abgedruckt. Darin werden mir diverse Äußerungen in den Mund gelegt, die ich so nicht getätigt habe.“ Unter anderem schreibt Matthias Kolbeck, dass nicht die Filmemacher im Zentrum der Klage Veolias in Frankreich gegen den Film standen, sondern ein Interviewpartner. In Deutschland habe man auf eine Klage verzichtet, um nicht „das Zerrbild eines Kampfes ‚Konzern vs. Meinungsfreiheit‘ zu zeichnen“.